

neun Monate voller Initiativen, aber ohne nennenswerte Resultate. Und es waren neun Monate, in denen Carter nach eigenem Bekunden um „fast drei Jahre“ gealtert ist. Tiefe Falten durchziehen sein blasses Gesicht, und wenn er überhaupt einmal lacht, dann wirkt das oft verkrampft.

Doch unverändert besteht er darauf, wie einst in seinem Erdnuß-Betrieb in Plains, sich um jedes Detail selbst zu kümmern. „Er liest sogar Aktenvermerke“, stöhnt ein Mitarbeiter, „die kaum ein Unterstaatssekretär zur Kenntnis nehmen würde.“

Und wenn er die Details erst einmal studiert hat, will er auch alles selbst entscheiden, will er auch alles durchsetzen — stur, hartnäckig, mit einem an Arroganz grenzenden Selbstvertrauen: „Mir haben die Kontroversen

er in den vergangenen neun Monaten einiges hinzulernt hat.

In der Stunde der Bedrängnis griff der „Outsider“ dann doch auf einen Strategen zurück, der die Winkelzüge des Washingtoner Mächtspiels so gut kennt wie kaum ein anderer: seinen Sonderbotschafter für Handelsfragen, Robert S. Strauss, der bis zum Januar noch Vorsitzender der Demokratischen Partei gewesen war. Ihn machte Carter jetzt zum Chefstrategen.

Strauss, ein jovialer Millionär aus Texas, der zu Beginn des Wahlkampfes 1976 keineswegs ein Carter-Fan, später aber einer seiner wirkungsvollsten Helfer war, machte sofort das Kabinett mobil, verriet den Ministern Tricks für den Umgang mit den Halbgöttern des Kongresses und schickte sie mit der Orde über Land, das Energieprogramm

Der warnte zwar: „Carter kann nicht alles auf einmal erreichen“, stürzte sich dann aber sogleich in die Schlacht für seinen Präsidenten. Die Fernsehkette ABC kommentierte: „Die Kavallerie kommt zu Hilfe.“

Doch selbst wenn Carter am Ende noch ein Erfolg im Energiekrieg gelingt, für den er sogar die Vorlage seiner Steuerreformpläne aufs kommende Jahr zurückstellte — die Talfahrt wird das möglicherweise nicht stoppen können.

Es sei verwunderlich, kommentierte der „Christian Science Monitor“, daß er in den Meinungsumfragen nicht schon viel weiter unten stehe. Denn er habe sich mit zu mächtigen Gruppierungen im Lande angelegt. „Und das bedeutet, daß auf absehbare Zeit in den Vereinigten Staaten jene Leute die Schlagzeilen bestimmen werden, deren Sonderinteressen dadurch gefährdet sind, daß Carter versucht, das Allgemeininteresse zu verfolgen.“

Und um das zu ändern, benötigt Jimmy Carter mehr als nur einen Erfolg.

SÜDAFRIKA

Verbrannte Brücken

Mit einem Waffenboykott soll Südafrikas Apartheidsregierung unter Druck gesetzt werden. Aber die wichtigsten Waffen baut sie im eigenen Land.

Der neue Feind, sagt Südafrikas Außenminister Pik Botha, sei „derzeit eine größere Gefahr als Rußland“. Premier Vorster zufolge will er „uns mit Finessen erwürgen“. Denn die Schwarzen würden zum Aufruhr aufgestachelt, so Justizminister Kruger, wenn „ein großes Land ... sie unterstützt“.

Das große, für Südafrikas Führungspolitiker feindliche, Land sind die Vereinigten Staaten. Die USA beunruhigen den Apartheids-Staat, seit Jimmy Carter ins Weiße Haus eingezogen ist. „Es wäre nett“, ärgert sich Vorster, „wenn sie sich zur Abwechslung mal um ihre eigene Politik kümmern würden.“

Jimmy Carter aber mischt sich ein. Seiner Menschenrechtspolitik, wohl auch seinen vielen schwarzen Wählern, glaubt er eine harte Politik gegenüber den weißen Minderheitsregimen im südlichen Afrika schuldig zu sein.

Unter Carters Druck begannen mehr als drei Dutzend US-Firmen in Südafrika die staatlich verordnete Rassendiskriminierung in ihren Betrieben abzubauen. Carters Uno-Botschafter Andrew Young gab den schwarzen Jugendlichen Tips für den Widerstand: „Ihr müßt zu Tausenden auf die Straße gehen ... wie wir in der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung.“

Letzte Woche unterstützte Carter ein bindendes Waffenembargo der Uno-ge-



seit meinem Amtsantritt Spaß gemacht. Das war kein Zeichen der Schwäche, das war kein Zeichen des Versagens.“

Vielleicht doch. Denn Kritik oder gar Niederlagen konnte Jimmy Carter noch nie ertragen. So wurde er, als der Senat sein Energiepaket demontierte, „richtig wütend“ („The New York Times“) — und reagierte mit einer wilden Attacke gegen die amerikanische Ölindustrie und ihre Lobby.

Dann ging „General Jimmy“ („Time“) zum Gegenangriff über und erklärte den Sieg im Energiekrieg zur wichtigsten innenpolitischen Aufgabe seiner Administration in diesem Jahr.

Vom Schicksal seines Energieprogramms, so Carter, hänge nicht mehr und nicht weniger ab als die wirtschaftliche und militärische Sicherheit der Nation — und außerdem sein eigenes Prestige: „Der Erfolg oder das Scheitern meiner Energievorlage wird über meinen Erfolg oder mein Scheitern in meinem ersten Amtsjahr entscheiden.“

Wie der US-Präsident seinen Kreuzzug dann lenkte, bewies immerhin, daß

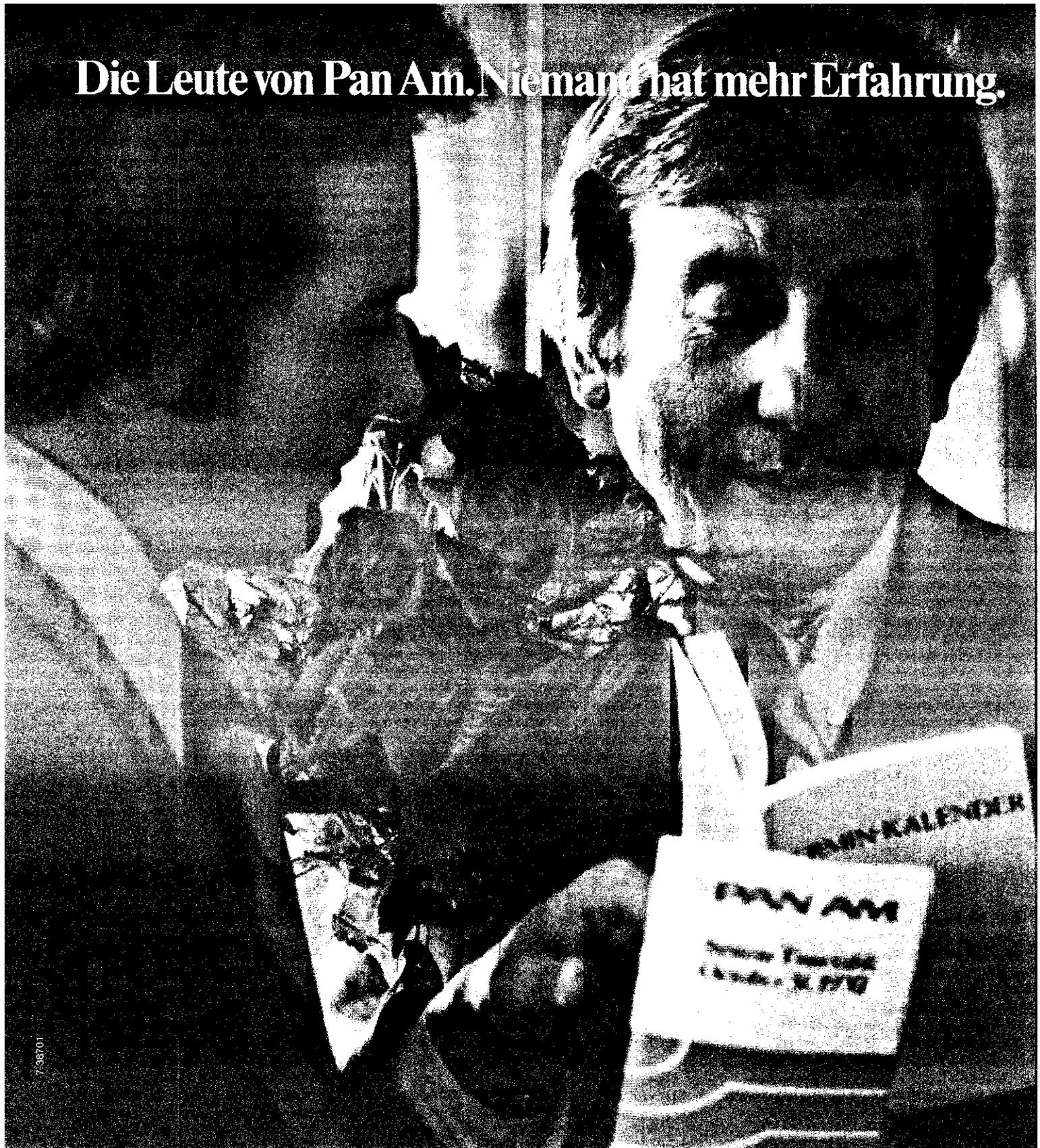
geschickt zu verkaufen — bei allen sich bietenden Gelegenheiten.

Der Außenminister brachte „energy“ in einer Fernsehdiskussion unter, der Verteidigungsminister bei einer Schiffs-Taufe, der Sozialminister bei Vorträgen über Wohlfahrtsprobleme, der Justizminister in einer Rede vor Wertpapierhändlern.

General Jimmy selbst setzte gleich zwei drauf: Um die 43 Mitglieder des Vermittlungsausschusses zur Eile und zur Verabschiedung eines auch für ihn noch akzeptablen Energiegesetzes anzuhalten, drohte er sogar, seine für Ende November geplante Weltreise (in elf Tagen mehr als 40 000 Kilometer durch vier Kontinente und neun Länder) abzusagen. Die Vermittler wären dann für den gleich neunfachen diplomatischen Affront verantwortlich.

Und auf dem Rückflug von der Westküste nahm er in Minnesota noch eine Geheimwaffe für seinen „energy blitz“ („Time“) an Bord seiner „Air Force One“ — den vom Krebs schwer gezeichneten Senator und ehemaligen Vizepräsidenten Hubert Humphrey.

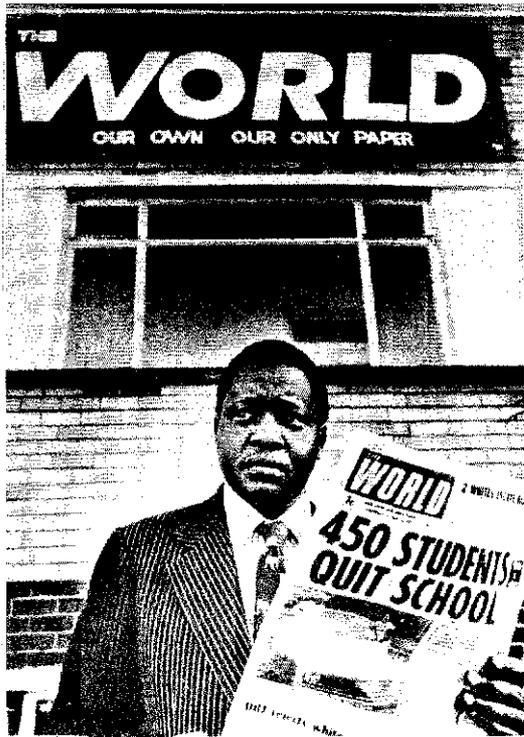
Die Leute von Pan Am. Niemand hat mehr Erfahrung.



Ein Atlantik-Flug ist für manchen keine große Sache. Für einen Regisseur beispielsweise. Für ihn ist es viel schwieriger, mit einer Schauspielerin einen Vertrag abzuschließen. Besonders dann, wenn sie die Verabredung in New York von 17 auf 15.30 Uhr vorverlegt. Unser Passenger Service-Mann schlägt in solchen Fällen vor: Pan Am's 747-Flug Nr. 67, um 11.00 Uhr. Den früheren unserer beiden täglichen Nonstops nach New York - und einen Strauß Rosen. Verabredungen einzuhalten sind eben auch keine große Sache. Mit Pan Am. Regisseur und Passenger Service-Mann wissen das. Aus Erfahrung.

Buchen Sie Ihren Pan Am-Flug in einem IATA-Flugreisebüro.

 **PAN AM**



Verhafteter Chefredakteur Qoboza
„Ihr müßt auf die Straße gehen“

gen Südafrika. Die USA erarbeiteten den Vorschlag zusammen mit ihren westlichen Verbündeten im Sicherheitsrat, England, Frankreich, Kanada und der Bundesrepublik. Vor zwei Jahren noch hatten sie einen solchen Antrag durch ihr Veto zu Fall gebracht.

Jetzt versprach Carter, daß keine Ersatzteile für früher gelieferte Waffen mehr nach Südafrika exportiert werden dürfen. Auf seiner Pressekonferenz am Donnerstag letzter Woche nannte er zum ersten Mal Rhodesien „Zimbabwe“ und Südwesafrika „Namibia“ — die von den Unabhängigkeitskämpfern gebrauchten Namen.

Die härtere Haltung der Amerikaner und ihrer westlichen Verbündeten hatte Südafrikas Regierung mit einer Verhaftungswelle provoziert: Vorletzten Mittwoch holten Sicherheitspolizisten in den schwarzen Vorstädten, aber auch in weißen Villenvierteln von Johannesburg und Kapstadt Dutzende Männer aus den Betten.

Der Chefredakteur der größten Schwarzen-Zeitung „The World“, Percy Qoboza, wurde ebenso festgenommen wie der burisch-stämmige Leiter des Christlichen Instituts von Johannesburg, Beyers Naude. Die Regierung verbot 18 Organisationen, die Vorsters Rassenpolitik ablehnen, schloß „The World“ und „verbrannte damit die verbliebenen Brücken zwischen sich und der schwarzen Gemeinschaft“ (so das US-Magazin „Time“).

Minister Kruger wollte mit der Nacht-und-Nebel-Aktion „eine kleine Gruppe von Anarchisten“ ausschalten. Für die Oppositionspolitikerin Helen Suzman war sie jedoch „das völlige Eingeständnis der Regierung, nur noch

mit absolut despotischen Mitteln herrschen zu können“. Weltweit wurden Proteste laut. Nach Holland riefen auch die USA und die Bundesrepublik ihre Pretoria-Botschafter zur Berichterstattung nach Hause und kündigten schärfere Schritte an.

Ein weltweites Waffenembargo trifft Vorster jedoch heute nur noch bedingt. Denn Südafrika hat eine eigene Rüstungsindustrie aufgebaut, seit in den sechziger Jahren mehrere Staaten freiwillig darauf verzichteten, weiter Waffen ans Kap zu schicken.

Die staatliche „Armaments Development and Production Corporation“ beschäftigt heute rund 30 000 Arbeiter. Sie produzieren Bomber, Ausbildungsjets und Hochseefregatten, bauen gepanzerte Fahrzeuge, Artilleriegeschütze und Raketen. Vom jährlichen Wehretat von zwei Milliarden Dollar (18 Prozent des Budgets) verwendet Südafrika etwa eine Milliarde für den Kauf von Waffen; 43 Prozent des Bedarfs kamen bislang aus dem Ausland, vor allem aus Frankreich.

So hat Südafrikas Luftwaffe unter ihren 600 Kampfflugzeugen rund hundert Mirage-Jäger und Jagdbomber. 100 Mirage-F1-A-Schwenkflügel-Maschinen werden im Lizenzverfahren in Südafrika hergestellt. Frankreich verkaufte Pretoria U-Boote und Zerstörer.

Im August versprach Paris den Schwarzafrikanern, die Waffenexporte zu stoppen, geschlossene Verträge wollte es jedoch einhalten.

Mehr zu treffen wäre Südafrika mit einem Wirtschaftsembargo, für das sich bei der Uno die Staaten der Dritten Welt einsetzen und das Ex-Entwicklungsminister Egon Bahr vorige Woche bei der Afrika-Debatte im Bonner Bundestag zur Sprache brachte.

Aber weil die Bundesrepublik in Südafrika schätzungsweise eine halbe Milliarde Mark investiert hat, England 2,2 Milliarden Dollar und US-Firmen 1,5 Milliarden Dollar, wollen auch die Waffenboykott-Befürworter von solchen Vorschlägen nichts wissen.

„Wir werden den Strom der Geschichte nach unserem Geschmack umleiten“, verspricht Pretorias Außenminister Botha und droht dem amerikanischen Feind: „Südafrika wird Präsident Carter überleben.“

PORTUGAL

Klare Antwort

Bedrängt von den Angriffen der Opposition kämpft die sozialistische Minderheitsregierung von Premier Soares ums Überleben. Jetzt droht der Soares-Partei neue Gefahr — eine Abspaltung des linken Flügels.

Portugals Sozialisten warben um Sympathie und ernteten Spott:

Als die Parteimanager kürzlich in Lissabon zum Cocktail luden, um der Öffentlichkeit einen 584 Seiten starken Rechenschaftsbericht über die bisherige sozialistische Regierungstätigkeit vorzustellen, schien der Lissabonner Tageszeitung „Jornal Novo“ daran nur eines berichtenswert: Der angebotene Whisky, so höhnte das Blatt, sei „von abscheulicher Qualität“ gewesen.

Nach fünfzehn Monaten sozialistischer Minderheitsregierung hat sich in Portugal, so scheint es, eine politische Katerstimmung breitgemacht, die jeglichen Versuch lähmt, mit den schweren



Landarbeiter-Genossenschaft in Portugal: „Nur noch eine Geisel der Rechten“